

Aktuell

Rüstungspolitik:

*Schweizer Industrie
braucht gleich lange
Spiesse*

Motion:

*Benachteiligung der
Schweizer Sicherheits-
industrie beseitigen*

Ausfuhrstatistik:

*Situation der Rüstungs-
industrie ist prekär*

Rüstungspolitik

Schweizer Industrie braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen

Aufgrund der laufenden Auseinandersetzung um die Armeefinanzien, den Tiger-Teilersatz, sowie der international schwierigen Wirtschaftslage und der Exportverhinderungspropaganda aus links-pazifistischen Kreisen leidet ein traditioneller und wichtiger Industriezweig.

Die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie setzt sich vorwiegend aus mittelständischen Unternehmen und hochspezialisierten Kleinunternehmen zusammen. Sie umfasst rund 10'000 qualifizierte Arbeitsplätze in zirka 70 Unternehmen in der ganzen Schweiz. Seit Jahren schrumpfen die Verteidigungsbudgets in der Schweiz und in Europa.

Die Schweiz wendet eines der strengsten Gesetze der Welt an. Dies zum Nachteil der schweizerischen Exportindustrie. Aufgrund der restriktiven Schweizer Ausfuhrbestimmungen können die Einbussen im Heimmarkt nicht in anderen Märkten kompensiert werden. Drei der vier grössten Schweizer Wehrtechnik-Unternehmen mussten deshalb in den letzten Monaten Entlas-



Die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie umfasst rund 10'000 qualifizierte Arbeitsplätze in zirka 70 Unternehmen in der ganzen Schweiz. Im Bild: Leiterplattenprüfung in der Fertigung der Rheinmetall Air Defence AG in Zürich (Bildquelle: Rheinmetall Air Defence AG, Zürich).

Editorial



Gleich lange Spiesse für Schweizer Industrie

Die Rahmenbedingungen der heimischen Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Grund dafür sind die geschrumpften Verteidigungsbudgets in Europa, die auf die lahrende Konjunktur zurückzuführen sind, sowie die verschärften Schweizer Exportregulierungen.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht zum Postulat von alt Ständerat Bruno Frick eine Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie gegenüber vergleichbaren europäischen Staaten wie zum Beispiel Österreich und Schweden klar festgestellt. Er zeigte in seinem Bericht ferner auf, dass eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schweizerische Rüstungsindustrie sinnvollerweise über eine Anpassung der Bewilligungskriterien in der Kriegsmaterialverordnung erreicht werden kann.

Genau hier setzt die von der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates eingereichte Motion an. Sie verlangt, dass die heimische Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie annähernd wieder über gleich lange Spiesse wie ihre europäischen Konkurrenten verfügt. Ansonsten droht der Schweiz der Verlust der industriellen Basis.

Paul Niederberger

Paul Niederberger
Ständerat, Co-Präsident asuw

Fortsetzung Artikel Seite 1

sungen bekannt geben: General Dynamics European Land Systems-Mowag streicht 270 Stellen in Kreuzlingen, RUAG rund 65 in Thun, Rheinmetall Air Defence 80 in Zürich.

Prekäre Lage in der Rüstungsindustrie

Auch die in der Fachgruppe SWISS ASD der Swissmem vereinten Firmen im Bereich Luftfahrt, Sicherheits- und Wehrtechnik haben an ihrer diesjährigen Generalversammlung auf ihre schwierige Lage hingewiesen. Eine der Hauptgründe ist das 2008 verschärfte Exportkontrollregime. Mit der Revision der Verordnung wurden die bewährten Beurteilungskriterien um fünf zwingende Ausschlusskriterien ergänzt (Art. 5, Abs. 2 KMV). Ist nur eine dieser weit gefassten Bedingungen erfüllt, muss ein Ausfuhrgesuch zwingend abgelehnt werden. Dadurch müssen teilweise auch unbestrittene und unproblematische Exporte verboten werden. Der Bundesrat hat sich den Entscheidungsspielraum für eine umfassende und individuelle Beurteilung von Ausfuhrgesuchen selber deutlich eingeschränkt.

SiK-S reicht Motion ein

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sind für eine Exportnation wie die Schweiz unerlässlich. Das gilt auch für die Rüstungsindustrie. Obwohl der Bundesrat anerkannt hat, dass die schweizerische Rüstungsindustrie einen unbestrittenen Wettbewerbsnachteil gegenüber der internationalen Konkurrenz hat, wurden noch keine Massnahmen ergriffen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Darunter leidet die exportierende Branche.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat nun eine Motion eingereicht, mit der sie die Beseitigung der Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz durch eine Änderung der Kriegsmaterialverordnung (KMV) fordert. Die Wehrtechnik-Industrie ist zum Überleben auf wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen angewiesen, die sich am Standard der europäischen Partnerstaaten orientieren. Der asuw begrüsst die Motion.

Gleich lange Spiesse sind gefordert



Christian Miesch, Titterten
alt Nationalrat und asuw-Mitglied

(Beitrag am 5. Juli 2013 in der Basler Zeitung erschienen)

Die Motion der sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats, die darauf abzielt, Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie gegenüber der europäischen Konkurrenz zu beseitigen, ist zu begrüßen. Die Benachteiligung gegenüber der europäischen Konkurrenz hat der Bundesrat erst vor kurzem in einem Bericht festgehalten. Der Bundesrat stellte insbesondere auch eine Benachteiligung gegenüber Staaten wie Österreich und Schweden fest, die ähnliche völkerrechtliche und aussenpolitische Rahmenbedingungen wie die Schweiz aufweisen.

Solange wir akzeptieren, dass es das Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt, dürfen sich Länder und Staaten für ihre Verteidigung rüsten. Dabei ist es wichtig, dass die Schweizer Firmen für den Export über gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz in vergleichbaren europäischen Staaten verfügen.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Das Schweizer Stimmvolk hat sich anlässlich der Abstimmung über die Exportverbots-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee im November 2009 klar für die Wehrtechnik-Industrie ausgesprochen. Linke Kreise versuchen seither mit politischen Vorstössen der Schweizer Rüstungsindustrie die Exportmöglichkeit zu entziehen, in dem sie das Exportregime entgegen dem Volkswillen verschärfen wollen. Solche Vorstösse haben beispielsweise die SP-Nationalratsmitglieder Chantal Galladé, Jacqueline Fehr, Pierre-Alain Fridez oder Eric Voruz eingereicht.

Der Bundesrat lehnte solche der Exportindustrie zuwiderlaufende Gesuche allesamt ab. Dennoch versuchen linke Parteien weiterhin, Wehrtechnik-Exporte zu verhindern. Jo Lang, alt Nationalrat und Vizepräsident Grüne, hat mit seiner Aussage in den Medien (NZZ am Sonntag, 24.2.2013) die Stossrichtung für seine Parteigenossen unverhohlen vorgegeben: «Moralisch ist nur ein generelles Exportverbot für die Schweiz vertretbar.» Den Volksentscheid, Exporte von sicherheits- und wehrtechnischen Gütern innerhalb strenger Regeln und einer in westlichen Demokratien üblichen Praxis zuzulassen, interessiert Jo Lang nicht.

Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates

Benachteiligung der Schweizer Sicherheitsindustrie beseitigen

Der Bundesrat wird beauftragt, die Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz durch Änderung von Artikel 5 Absatz 2 der Kriegsmaterialverordnung (KMV) wie folgt zu beseitigen:

- a. Das Bestimmungsland widerrechtlich an einem internationalen bewaffneten Konflikt beteiligt ist oder im Bestimmungsland ein interner bewaffneter Konflikt vorherrscht;
- b. Im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial für die Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird;
- c. Die Beschaffung des auszuführenden Kriegsmaterials die sozio-ökonomische Entwicklung des Bestimmungslands massgeblich beeinträchtigen könnte;
- d. Im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial unter Verletzung des humanitären Völkerrechts oder der Menschenrechte gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird;
- e. Unverändert.

Begründung

Im Bericht in Erfüllung des Postulats von Ständerat Bruno Frick (10.3622) vom 18. Juni 2010 stellt der Bundesrat eine Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie gegenüber der europäischen Konkurrenz fest. Die Benachteiligung betrifft sowohl die Gesetzgebung, namentlich die restriktivere Formulierung von Bewilligungskriterien, als auch die Bewilligungspraxis für Rüstungsexporte. Der Bundesrat stellt insbesondere auch eine Benachteiligung gegenüber Staaten wie Österreich und Schweden fest, welche ähnliche völkerrechtliche und aussenpolitische Rahmenbedingungen wie die Schweiz aufweisen. Gegenüber weiteren EU-Staaten wie Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden sind die Differenzen noch grösser.

Der Bundesrat zeigt in seinem Bericht ferner auf, dass eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schweizerische Rüstungsindustrie sinnvollerweise nur über eine Anpassung der Bewilligungskriterien in der Kriegsmaterialverordnung erreicht werden könnte.

Schliesslich nennt der Bundesrat in seinem Bericht auch Konsequenzen der restriktiven Gesetzgebung und Bewilligungspraxis: Sie könne «zu einem

Auftragsrückgang für die schweizerische Rüstungsindustrie führen, was mit einer Reduktion ihrer Kapazitäten einhergehen dürfte. Dabei gehen der Schweiz schwierig (wieder) zu erlangendes Fachwissen, Forschungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und schliesslich auch ein Teil der verteidigungsrelevanten industriellen Kapazität verloren.» Dieser Prozess hat bereits eingesetzt. Die drei grössten Wehrtechnik-Unternehmen mussten dieses Jahr Entlassungen bekannt geben: General Dynamics European Land Systems - Mowag streicht 270 Stellen in Kreuzlingen, RUAG rund 65 in Thun, Rheinmetall Air Defence 80 in Zürich.

Nur durch eine Änderung der zwingenden Ausschlusskriterien gemäss Artikel 5 Absatz 2 KMV erhält der Bundesrat den Handlungsspielraum zurück, um jedes Ausfuhrgeschäft anhand der Bewilligungskriterien von Artikel 5 Absatz 1 KMV fallweise zu beurteilen, wie dies bis Ende 2008 der Fall war. Eine gesamtheitliche Beurteilung muss neben den aussenpolitischen Grundsätzen und internationalen Verpflichtungen der Schweiz auch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erwägungen umfassen (Zweckartikel des Kriegsmaterialgesetzes). Nicht zuletzt liegt eine Einzelfallbeurteilung auf der Linie des Entwurfs für einen UNO-Waffenhandelsvertrag. Gemäss vorgeschlagenem Kriterienkatalog zur Bewilligung von Ausfuhrsuchen soll in jedem Einzelfall eine Risikoanalyse vorgenommen werden, welche die Art des auszuführenden Guts sowie das Risiko einer unrechtmässigen Verwendung gewichtet.



Die SiK-S hat eine Motion eingereicht, mit der sie die Beseitigung der Benachteiligung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie im Vergleich mit der internationalen Konkurrenz fordert.

Ausfuhrstatistik

Die Situation der Rüstungsindustrie ist prekär

Die Schweiz exportierte im ersten Halbjahr 2013 Kriegsmaterial im Wert von CHF 195 Mio. Das entspricht gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 einem Rückgang von rund 53 Prozent. Der Grossteil von Schweizer Rüstungsgütern wird in europäische und westlich orientierte Länder exportiert, die wie die Schweiz allen vier internationalen Exportkontrollregimes angehören. An der Spitze der Empfängerländer stehen Deutschland, Italien, die USA, Spanien und Grossbritannien.

Der Export ist überlebenswichtig. Es ist offensichtlich, dass ein Rückgang in diesem Ausmass mittel- und längerfristig nicht spurlos an einem

Unternehmen vorbeigehen kann. Denn Exportausfälle können nicht einfach durch andere Geschäfte kompensiert werden. Die Schweiz wendet das strengste Gesetz der Welt an, zum Nachteil der schweizerischen

Exporteure. Jetzt sind Bundesrat und Parlament gefordert, das Exportregime zwar streng und einem hohen ethischen Standard verpflichtend, aber mit gleich langen Spiessen wie die europäische Konkurrenz anzupassen.

Der Export ist überlebenswichtig für die Schweizer Wehrtechnik-Industrie. Im Bild: Zwei Pilatus PC-21 der Schweizer Luftwaffe.



(Foto © www.pilatus-aircraft.com)

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)

Wer sind wir?

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ist eine Interessengruppe für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie. Ihm gehören über siebzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an.

Was wollen wir?

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben eine realistische und glaubwürdige Sicherheitspolitik zum Ziel. Sie wollen dazu beitragen, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung einer adäquaten Schweizer Wehrtechnik-Industriebasis im Bewusstsein von Gesellschaft und Politik zu verankern. Und sie setzen sich für gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen ein, die der Industrie eine wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen. Dazu gehört insbesondere ein Exportregime, das sich an den Regeln und der Praxis der europäischen Partnerstaaten orientiert.

Was machen wir?

Der asuw gibt Publikationen, Mediencommuniqués und Argumentarien heraus, führt Informationsveranstaltungen durch und fördert den Kontakt zwischen Politik, Verwaltung und Industrie.

Herausgeber

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw),
Postfach 65, 8024 Zürich
Internet: www.asuw.ch, E-Mail: info@asuw.ch
Telefon: 044 266 67 46, Fax: 044 266 67 00

Unser Co-Präsidium

Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW

Unsere Mitglieder setzen sich für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und für faire Rahmenbedingungen der Schweizer Wehrtechnik-Industrie ein:

Thomas Aeschi, Nationalrat SVP, ZG
Hans Altherr, Ständerat FDP, AR
Isidor Baumann, Ständerat CVP, UR
Jakob Baumann, ehem. Rüstungschef
J. Alexander Baumann, alt Nationalrat SVP, TG
Roland Beck, ehem. Chefredaktor ASMZ
Stephan Bieri, ehem. Vizepräsident ETH-Rat
Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Ivo Bischofberger, Ständerat CVP, AI
Markus Blass, Vizepräsident SOGART
Roland F. Borer, Nationalrat SVP, SO
Peter Briner, alt Ständerat FDP, SH
Martine Bruntschwig Graf, alt Nationalrätin FDP, GE
Yannick Buttet, Nationalrat CVP, VS
Jakob Büchler, Nationalrat CVP, SG
Rolf Büttiker, alt Ständerat FDP, SO
Hermann Bürgi, alt Ständerat SVP, TG
Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS
Peter Dietrich, Direktor Swissmem
Josef Dittli, Regierungsrat FDP, UR
Corina Eichenberger-Walther, Nationalrätin FDP, AG
Eduard Engelberger, alt Nationalrat FDP, NW
Charles Favre, alt Nationalrat FDP, VD
Sylvia Flückiger-Bäni, Nationalrätin SVP, AG
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat
Jean-René Fournier, Ständerat CVP, VS
Sebastian Frehner, Nationalrat SVP, BS
Bruno Frick, alt Ständerat CVP, SZ
Andrea Martina Geissbühler, Nationalrätin SVP, BE
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin CVP, LU
Alois Gmür, Nationalrat CVP, SZ
Ursula Haller, Nationalrätin BDP, BE
Ernst Hasler, alt Regierungsrat SVP, AG
Markus Hausammann, Nationalrat SVP, TG
Brigitte Häberli-Koller, Ständerätin CVP, TG
Hans Hess, Ständerat FDP, OW

Lorenz Hesse, Nationalrat BDP, BE
Stefan Hostenstein, Zentralvorstand SOG, Vizepräsident GGStOf
Gabi Huber, Nationalrätin FDP, UR
Thomas Hurter, Nationalrat SVP, SH
Markus Hutter, Nationalrat FDP, ZH
Robert Keller, alt Nationalrat SVP, ZH
Alex Kuprecht, Ständerat SVP, SZ
Daniel Lätsch, Direktor MILAK
Arthur Liener, Generalstabschef a D
Filippo Lombardi, Ständerat CVP, TI
Alfred Markwalder, ehem. Rüstungschef
Werner Messmer, alt Nationalrat FDP, TG
Christian Miesch, alt Nationalrat SVP, BL
Thomas Müller, Nationalrat SVP, SG
Walter Müller, Nationalrat FDP, SG
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW
Guy Parmelin, Nationalrat SVP, VD
Sylvie Perrinjaquet, Nationalrätin FDP, NE
Bruno Pezzatti, Nationalrat FDP, ZG
Urs Ramseier, ehem. Präsident Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA)
Stéphane Rezzo, Unternehmer
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Markus Ritter, Nationalrat CVP, SG
Marco Romano, Nationalrat CVP, TI
Urs Schläfli, Nationalrat CVP, SO
Ulrich Schlüer, alt Nationalrat SVP, ZH
Martin Schmid, Ständerat FDP, GR
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat CDP, AI
Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP, BL
Pius Segmüller, alt Nationalrat CVP, LU
Luzi Stamm, Nationalrat SVP, AG
Philippe Stähelin, alt Ständerat CVP, TG
Alexandre Vautravers, Chefredaktor RMS
Pierre-François Veillon, Nationalrat SVP, VD
Albert Vitali, Nationalrat FDP, LU
Hansruedi Wandfluh, Nationalrat SVP, BE
Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE